

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Jahresabonnement mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst kann der Frauen- und Jugendzeitung einzufügen. Druckerzeugnisse monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig 12. 2.70, unter Ausgabe für Deutschland und Österreich-Ungarn 12. 5. — Erstes Jahr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Verwaltung: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit: vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die gespaltenen Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verhandlungen 20 Pf. Unterrate müssen bis spätestens 10 Uhr mittags in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu begleichen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 165.

Dresden, Mittwoch den 20. Juli 1910.

21. Jahrg.

Ein Arbeiter ...

Im Wahlkreis Frankfurt a. d. O.-Lebus, allwo man trotz der ministeriellen Aufforderung zur Belebung der Reichswahlverantwortung immer noch zögert, den Wahltermin festzulegen, ist von konservativer Seite ein „Arbeiter“ als Kandidat ausgetreten worden. Der Herr heißt Dunkel und ist seines Zeichens christlicher Arbeiterschreiber in Berlin. Die Dampfmaschinen sind ja keinen Erfolg haben: bei der Stadtwahl 1907 wurden 12.388 sozialdemokratische gegen 77.22 freikonservative und 10.070 nationalliberale Stimmen abgegeben (Stichwahl 17.805 nationalliberale gegen 12.196 sozialdemokratische), aber die Konservativen haben mit Vergnügen den Anlauf bemüht, in dem aussichtslosen Wahlkreis durch ihren „Arbeiterkandidaten“ — — Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen. Es kostet ja nichts.

Konservative Arbeiterschreiberlichkeit ist immer eine Sache, die über riecht. Das zeigte sich auch wieder in Frankfurt a. d. O., wo sich am Sonntag der Arbeiterkandidat von Gnaden der konservativen Hermann Dunkel, „seinen“ Büchern feierlich vorführte. Schon die Ouvertüre klängt lieblich. Rittergutsbesitzer u. Stilinger führt aus:

Die Zeit ist sehr ernst, wir stehen mitten im Kampfe. Die Unruhige Presse hat eine infame verlogene Hege eingesetzt, sie reizt mit frechen Augen die Massen auf und betreibt der Sozialdemokratie dadurch den Kampf. Die konservative Partei hat aus der Vergangenheit nichts zu beweisen, nichts zu verheimlichen, nichts zu verschweigen; eine Aufklärung aber ist dringend notwendig, denn sonst hat die Sozialdemokratie in dem Wahlkampfe allein den Vortritt. Die Sozialdemokratie zu kämpfen ist unsre vornehmste Pflicht. Dass die konservative Partei nur eine Vertretung des Großgrundbesitzes sei, wie behauptet wird, trifft nicht zu, sie ist vielmehr eine Vollpartei, deren Anhänger aus allen Ständen sich zusammenfinden. Die konservative Partei ist immer für die Schaffung und Wahrung des Mittelstandes und für die Arbeiterschreiberlichkeit eingetreten. Deshalb ist die Aufführung eines Arbeiters als Kandidat von politischer Bedeutung. Wir wollen damit den Sozialdemokraten schaden, um ihnen die Kulturreihe. Die reizenden Gedanken von der konservativen Arbeiterschreiberkeit und von den konservativen Ansprüchen, auch Vertreter des Arbeiters standen kein zu wollen, erinnern an Idioten, in denen ein Verrücktes Lümlein streicht, ehe er es zerreiht.

Doch ein konservativer Rittergutsbesitzer mit solchen Gedanken um sich schmeikt, wird niemand sonderlich wundern; ist doch schon einmal von konservativer Seite gelassen, das große Wort ausgesprochen worden: die konservative Partei sei im wahrsten Sinne die Kulturreihe. Die reizenden Gedanken von der konservativen Arbeiterschreiberkeit und von den konservativen Ansprüchen, auch Vertreter des Arbeiters standen kein zu wollen, erinnern an Idioten, in denen ein Verrücktes Lümlein streicht, ehe er es zerreiht.

Um so lustiger wurde die Presse, als nun der „Arbeiter“ Dunkel das Wort zu seiner Programmrede nahm. Er machte einen konservativen Gönner und Beschützern alle Ehre: er schenkte sich ihnen als Musterknabe, der in der Schule der Liebertzöldner Anspruch auf den Ehrenplatz des Banksteins hat. Die ganze Stede war nichts als ein blöde Schimpferzug gegen die Sozialdemokratie. Die Herren Rittergutsbesitzer werden ihre belli Freude an einem „Arbeiter“ gehabt haben, bei dem jede Spur von Klassenempfinden restlos zum Teufel ging, der mit einer geradezu pervertierten Wollust sein Meisterstück in der Verböhnung der Arbeiterschreiberlichkeit. Gut allgemeinen Erheiterung lassen wir ein paar Proben der Dunkelmanischen Blütepistole folgen:

Die Sozialdemokratie ist der größte Feind der Arbeiterschaft, alle Mittel, die bisher verucht wurden, um sie zurückzuhalten, haben wenig oder nichts geholfen. Deshalb muss in der Zukunft der Kampf gegen sie in noch anderer Weise als bisher geführt werden.

Zus 1870 der Ruf zu den Waffen gegen den Feind erscholl, konnte man Tausende von Arbeitern in Begeisterung vor das Palais Kaiser Wilhelms I. ziehen sehen und in dem allgemeinen Sturm der Begeisterung fanden sich nur sehr wenige, die ableis standen. Aber heute? Amr zogen 1907 auch Tausende vor Südwalls Fenster, um ihm Glück zu wünschen — wie hat aber dann die Presse der Sozialdemokratie sich über die „Dienstleister“ lustig gemacht, und hier, in dieser Verzierung, kann man eben die Gesichter sehen, deshalb gilt in erster Linie der Ruf der Sozialdemokratie!

Ich habe als einfacher Arbeiter keine Verdienste von den Konservativen aufgestellt ist, und das erste Mal, das ich zu Ihnen rede, so will ich über meine Erfahrungen berichten. Es sei, so fuhr der Redner fort, kein Jungenkram, er habe 30 Jahre lang in der praktischen Arbeit gehandelt. Er sei auf dem Lande geboren und erzogen, zwar berichte er nicht gerade viel von der Landwirtschaft, da er schon lange Zeit vom Lande fort sei, doch kann er einigermaßen die herrschende Stimmung, und er werde alles tun, um sich schnell in die Verhältnisse der Zentralwirtschaft einzuleben. Damit er ihre Interessen vertreten können! Was uns christliche Arbeiter mit den Konservativen verbindet, das ist die christliche Weltanschauung.

Vorüber wird denn heute gelaufen! Über mangelndes Autoritätsbewusstsein! Die Grundlage für alle und jede Autorität bleibt aber die religiöse Autorität. Wir wollen keine Monarchie, wie sie andere Länder haben, wie z. B. England, wo die Monarchie ein Spielball der Parteien ist, mit wollen eine Kaiserkonstitution, um der Kais der Wogen der politischen

Kämpfe brechen! Natürlich müssen wir für alle Wahlen stimmen, die geeignet sind, die Rechtstellung unseres Reiches zu festigen.

Die Brüder, die jetzt gegen die Konservativen ins Feld ziehen, die Börse, der Hansabund usw., sie kommen mir genau so gefährlich vor wie die Sozialdemokratie.

Auch die Arbeiter können nur wünschen, dass es dem Lande immer gut gehen möge. Wenn es der Landwirtschaft schlecht geht, geht es den Arbeitern noch schlechter; aus rein praktischen Gründen muss also die Arbeiterschaft für die Schaffung der Landwirtschaft einsetzen.

Ja, die Konservativen haben in dem „einfachen Arbeiter“ eine Perle gefunden, ein würdiges Seitenstück zu dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“.

Ob sich aber in dem „einfachen Arbeiter“ nicht doch wenigstens ein leises Gefühl von tiefer Scham geregnet hat, als in der sich anschließenden Debatte ein General der Infanterie z. D. von Massow, das Wort nahm, um den maßlosen Verächtigungen der Arbeiterschreiber und ihrer politischen Vertretung der Sozialdemokratie, eine gerechte Würdigung der Sozialdemokratie entgegenzusetzen, indem er ausführte:

„dass es vielleicht gut sei, wenn man der Sozialdemokratie gegenüber nicht immer so tätte, als ob sie das Schreckliche sei. Wenn man bei der Sozialdemokratie vielleicht einzelne Punkte hätte, die gut seien, so täte man durchaus gut, wenn man diese nicht überläufe. Der Redner nannte als Beispiel dafür das Eintreten der Sozialdemokratie für die Sonntagsgrube und für die Wohnungsfrage. Besonders in letzterer Hinsicht habe auf dem Lande manches im Argen gelegen und die Bevölkerung mußte vielfach aufgerüttelt werden. Wenn jetzt ein Mann aus dem Arbeitervolk als Vertreter des Wahlkreises gewählt werde, so möchte er ihm bringend ans Herz legen, daß er derartige Bestrebungen eintragen sollte.“

Wir halten die christlich-organisierten Arbeiter nicht für so entartet und so tief gefallen, dass sie sich beileiben werden, dem Dunkelman einen Guldigungstelegramm zu senden. Auch sie muss es im innersten Herzen tief beschämen, dass ein General z. D. den Reichsverbandsbüro des erwählten Arbeiterschreiberkandidaten ebenfalls antwortete, den „einfachen Arbeiter“ zur Ordnung rufen musste. Auch sie sind Arbeiter, Nutzgebote, Entredete und Bedrückte. Und wenn die Berliner christlich-organisierten Arbeiter, die den Herrn Dunkel mit der Vertreibung ihrer Interessen betraut, überhaupt noch läbig sind, als Arbeiter zu denken und zu fühlen, werden sie sich veranlaßt fühlen, dem Manne schleunigst Gelegenheit zu geben, ungestört durch andere Amtsgeschäfte lediglich nur das Handwerk eines hoffnungslosen Konkurrenten Durchfallskandidaten zu über.

Von Massow wird sich übrigens täuschen, wenn er glaubt, dass Herr Dunkel das Herz haben wird, für „derartige Bestrebungen“ einzutreten, die er in seinem Eifer die politisch organisierte Arbeiterschaft mit Reichsverbandschmuck zu bewerben, „vergessen“ hatte. Ein Mann, der sich mit Haut und Haaren dem Kunterbunt überantwortet, der mit Hurra für jede neue Maßenbelastung zur Förderung des Wettkampfs eintritt, der mit rüttender Stolzlichkeit verprücht, sich sämtliche Manieren der Zirkus-Büch-Herrschäften noch anlernen zu wollen, hat natürlich keine Zeit, sich um solche „Kleinigkeiten“ wie Arbeiterfragen zu kümmern.

Die Dunkel-Episode ist gewiss nur ein poshantes Zwischenstück, aufgeführt von einem Romdianten, der den Hut hat, unter der Maske eines „einfachen Arbeiters“ die Alpellomödje eines Reichsverbandsbüro aufzuführen. Trotzdem ist sie von symptomatischer Bedeutung, ein Zeichen der Zeit, ein kleines Vorspiel zu den kommenden Reichstagswahlkämpfen.

Die „Ordnungsparteien“ wissen, dass sie eine gründliche Abrechnung zu erwarten haben. In dieser Erwartung sind sie geschäftig am Werk, Unratfärbel zu füllen, deren Schmutztröme als Helfershelfer im Kampfe gegen die Sozialdemokratie dienen sollen.

Das andere Allenstein.

Das „berühmte“ Allenstein hat neben seiner großen Damengaudi täglich seine Wädelstragödie gehabt, die einen ganz andern Verlauf nahm als das große forensische Schauspiel, das in den letzten Wochen die Welt in Atem hielt.

Vor der Potsdamer Strafammer erschien die Schneidekneipe Golzschau neben ihrem Verlobten, dem Bureauangehörigen Wilhelm Groger, beide angeklagt wegen Expressing und verleumderischer Bekleidung, begangen an dem Hauptmann Wilhelm Sch. und dem Beutnant E. in Allenstein. Die Namen der beiden Offiziere sind leider einstellweise nicht bekannt, da der Prozeßbericht nur die Namen der beiden „schuldigen“ Büppersonen wiedergibt, die der „unschuldigen“ Herren Offiziere aber verschweigt. D. Reb. Der Sachverhalt der Anklage ist folgender: Die Angeklagte war früher Buchhalterin in Allenstein gewesen und von Offizieren zu sogenannten „Bubenjägern“ eingeladen, bei denen es ziemlich wild verkehrt haben soll. Wenigstens sagte der Vorsitzende der Potsdamer Gerichtsverhandlung, die sich natürlich der lieben „Sittlichkeit“ aufhielt in den entscheidenden Stadien unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzogen, diese „Bubenjäger“ seien nicht so gewesen, dass eine „anständige Dame“ daran hätte teilnehmen können. Die Angeklagte war aber, wie schon gesagt, keine Dame, keine Fabrikantentochter und Majorsgemahlin, sondern ein gewöhnliches Wädel, das sich durch eigene Arbeit seinem Unterhalt verdient, und so trug man sein Geschleben, sie zu Vergnügungen zugeladen, von denen das feulche Herz einer „Offiziersdame“ nicht einmal etwas hätten dürfen. Bei einer solchen Gelegenheit empfing die Angeklagte von dem damaligen

Oberleutnant, jetzigen Hauptmann Sch. ein Kind, dem sie im August 1907 das Leben gab.

Noch vor ihrer Niederkunft verzog die Angeklagte nach Allenstein, wo sie ihrer jungen Verlobten kennen lernte. Er leistete ihr damals Rechtsbeistand gegen den Hauptmann Sch., der die Zahlung von Alimentationsgeldern verweigerte und sich auf das Zeugnis des Beutnants E. berief, der beschwore, daß er zur fraglichen Zeit gelegentlich eines Bubenjägers gleichfalls mit der Angeklagten Verkehr gehabt hätte. Obwohl die Angeklagte diesen Verkehr entschieden leugnete, verlor sie auf Grund dieser Aussage ihren Alimentationsprozeß und reichte nun gegen den Hauptmann Sch. eine Anzeige wegen körperlicher Meinungsverschiedenheit ein. Gleichzeitig schrieb Groger an den Hauptmann Sch. einige Briefe angeblich „bedeutend“ Inhalt, in denen er mit Anzeigen an das Regiment und den Hauptmann seinen öffentlichen Widerstand gegen das Kind nicht nachzulassen. Schließlich, als alles nichts brachte, wandte sich Groger an den Kommandeur des 181. Inf. Reg., mit einem Schreiben, in dem er sich erkläre, welches Militär- und Ehrengericht zuständig sei, da er die beiden Offiziere Sch. und E. wegen mehrerer Strafbarer und entehrender Handlungen anzeigen wolle. Er deutete auch an, daß er mit Hilfe der Presse den Weg in die Öffentlichkeit beschreiten wollte.

Die Antwort auf diesen Brief an den Regimentskommandeur war die Anklage und die Verurteilung Grogers zu sechs Monaten, des Streik zu einem Monat Gefängnis. Dieses Ergebnis wurde in einer kurzen profischen Gerichtsverhandlung erzielt, die kaum zweihundert Minuten im Anspruch genommen haben dürfte wie der Allensteiner Damnenprozeß Tage zuvor. Die Angeklagte nahm auf der harten Anklagebank Platz, wo sie weiter in Ohnmacht noch in Grimasse fiel, sondern fasste den Spruch der Richter über sich ergehen ließ, der in diesem Falle — um es gleich zu sagen — ein Spruch vielleicht der Gesellschaft, aber nicht der Gerechtigkeit ist. Und während Frau Schneidekneipe durch den Bart eines ersten Klasse Sanatoriums schreit, wird sich hinter der Leopolda-Streikbank die Gefängnisstür schließen.

Man hat aus dem Damnenprozeß von Allenstein manches über die dort herrschenden Moral- und Ehrengesetze erfahren, der traurige und empörende Wädelprozeß trägt dazu bei, das triste Sittenbild noch abstoßender zu gestalten. Gilt es in Allenstein für ehrenhaft gehandelt, wenn man sich um Alimentationspflichten durch die berüchtigte Ausrede der Wehrer herumdrückt? Gilt es weiter für ehrenhaftlich, sich zum Ende gegen ein Wädelchen zu erketzen, mit dem man geschlechtlich verkehrt hat, um einen Kameraden und Vorgesetzten vor den unangenehmen Folgen eines Zivilprozesses zu bewahren? Gilt es nicht vielmehr als ein Gebremdlicher Disziplin, lieber alle Konsequenzen auf sich zu nehmen, als die Geheimnisse eines Weib preiszugeben? Über mein, wir vergessen ja wieder, daß dieses Weib keine Majorsfrau, sondern eine simple Buchhalterin gewesen ist! Und da mag es wohl als erlaubt gelten, sich gegen etwaige unbedeute Rechtsansprüche gleich im vorhinein zu schützen, indem man den nach § 171 erforderlichen Andern redigierend in Aktion treten lässt.

Deutsches Reich.

Das preußische Problem.

Nach einer Meldung der Königsberger Hartungsche Zeitung soll sich das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung am Sonnabend mit der neuen Wahlrechtsvorlage beschäftigt haben und sich nicht nur über die Grundzüge der Vorlage geäußert, sondern zugleich beschlossen haben, mit der Vorlage bereits im August an die Öffentlichkeit zu treten. Die Nachricht hatte den Anschein einer Hundstagegeschichte und wurde auch von einigen Bürgerlichen Blättern als solche gekennzeichnet. Jetzt äußert sich auch eine offizielle Korrespondenz zu der Angelegenheit. Sie schreibt:

Was jetzt hat das Staatsministerium über die Wahlvorlage nach der Sitzung, in der die Zurückziehung der Vorlage beschlossen wurde, erneut keine Beschlüsse gefaßt. Am der Auffassung des Staatsministeriums, daß das gegebene Königswort in der Wahlfrage noch nicht eingelöst sei, hat sich nichts geändert und es ist deshalb als festsichtig zu betrachten, daß die Wahlfrage später erneut den Bandring beschäftigen wird. Über den Zeitpunkt der Einbringung ist bisher nichts beschlossen, auch über die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes verlasst sich nichts. Herr v. Dallwig hat sein Amt erst kaum übernommen. Zumal braucht er Muße, um sich über alle wichtigeren Fragen seines Ministeriums zu informieren; erst später kann er sich auf Einzelheiten einlassen. Es besteht vorläufig nicht die Absicht, dem Landtage bereits in der nächsten Session eine neue Wahlvorlage zu unterbreiten. Die Parteiverhältnisse haben sich nicht geändert, die Chancen für die Wahlreform sind also die gleichen wie bisher. Wahrscheinlich dürfte die Frage erst nach den Landtagsneuwahlen gelöst werden.

Man versucht also nach dem Rezept: Zeit gewinnen, alles gewinnen. Die Lösung der „dringlichsten“ Aufgabe und die Einlösung des „gegebenen Königswortes“ in der Wahlfrage mögen gebürgig warten, bis sich — — „die Parteiverhältnisse geändert haben.“

Ugrische Warnungen.

Vor kurzem wurde berichtet, daß die Gründung einer Zentralstelle zur Bekämpfung der Wädelhandlungen in der Armee und Marine geplant ist. Diese Gründung erregt das lebhafte Wohlfallen eines Herrn v. Ledeborg, der in der Deutschen Tagesszeitung vor dem Verteil und der Unterstützung der Zentralstelle dringend warnt. Er meint, die Heeresverwaltung ist bereits genug zur „Einschränkung dieser Unfälle“. Nur die „Unvollkommenheit alles Menschlichen“ sei schuld, daß immer noch Soldatenmishandlungen vorlägen. Seine

losten sich aber sofort über irgendwelche Wädel entzweit. In Russland, wo solchen Stolzpunkt besiegeln, kann Kriegsfeind heimlich, aber unbemerkt, unruhige Macht und sonstiges ausüben. Zudem ist internationalen Sicherheit bestrebt, um korporative Interessen zu schützen, um die anderen von sich fern zu halten. Der Wädel kann nicht mehr auf die Wädel angreifen, ohne selbst in die Wädel getötet zu werden.